

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 3

Artikel: Ein rigoroses Wirtschaftsprogramm als Rezept : Ungarn auf der Suche nach Glasnost
Autor: Haber, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von den Gruppen, Kräften und Institutionen, die im Westen die Macht dieser Kreise beschränken, um Einfluss und Mehrheit ringen.

Nur vor dem Hintergrund dieser allzu simplen Terminologie wird die Streitfrage verständlich, ob der Imperialismus nun friedensfähig sei oder, wie Politbüro-Mitglied Kurt Hager meint, erst friedensfähig gemacht werden solle. Wer in aller Welt soll den Imperialismus friedensfähig machen? Die SED? Da würde sie nicht nur ihre Kragenweite überschätzen, sondern auch jede Einwirkungsmöglichkeit von aussen.

Auch Gorbatschow warnt in seiner Jubiläumsrede vor solchem Irrglauben: «Freilich kann die Natur einer Gesellschaftsordnung nicht unter dem Einfluss äusserer Umstände verändert werden.» So realistisch ist auch Reinhold. Im

Grunde meint er, dass die innere Komplexität, der Bewusstseinswandel quer durch die Gesellschaft die westlichen Staaten friedensfähig mache, und dies trotz allem, was Lenin über Expansivität des Monopolkapitals zu Papier gebracht hat, trotz allem auch, was Reagans Redenschreiber an Grobheiten formuliert haben.

Bewährungsprobe für die Streit-Kultur

Das gemeinsame Papier sagt eben nicht, dass jede Seite die andere friedensfähig machen müsse. Entweder sie haben die Fähigkeit zum Frieden oder sie haben sie nicht. Aber beide Seiten sollten die Kräfte des Friedens auf der anderen Seite ermutigen, durch praktische Friedenspolitik die Friedensfähigkeit der anderen Seite ansprechen, aktivieren, herauslocken.

Natürlich hat Reinhold recht, dass auch im Westen manche an ihren Feindbildern hängen. Aber während Hager dies einfach als Rechtfertigung dafür nimmt, am eigenen Feindbild die Konturen nachzuziehen, möchte Reinhold an die Stelle der Feindbilder auf beiden Seiten die saubere Analyse setzen. Das ist im Sinne des gemeinsamen Papiers.

Im fünften Kapitel dieses Papiers ist nicht von Eintracht und allgemeiner Harmonie die Rede, sondern von einer Kultur des Streits. Sie muss sich auch bei der Interpretation des Papiers selbst bewähren. Und wenn dabei eine Diskussion darüber in Gang käme, wie der Imperialismus-Begriff der Kommunisten handhabbar im Sinne neuen Denkens werden könne, könnte dies dem Frieden nur dienen.

Ein rigoroses Wirtschaftsprogramm als Rezept

Ungarn auf der Suche nach Glasnost

Von Peter Haber

Seit Anfang Jahr heisst es in Ungarn, den Gürtel enger schnallen: Massive Preiserhöhungen und neue Steuern sind Teil eines umfassenden Programmes zur Sanierung der ungarischen Wirtschaft. Gleichzeitig versucht Ministerpräsident Károly Grósz seine Landsleute mit einer vorsichtigen politischen Öffnung ruhigzuhalten.

Den letzten Jahreswechsel werden die Ungarn wohl nicht so schnell vergessen. Bereits vor Weihnachten erlebte Ungarn einen Kaufrausch seiner Bürgerinnen und Bürger, der seinesgleichen suchte. Die vollen Regale wurden leergekauft, vor allem Wertsachen und Gegenstände mit bleibendem Wert waren begehrt. Noch vor den Preiserhöhungen vom 1. Januar wollten die Ungarn ihr Ersparnis loswerden und krisensicher anlegen. Und zwischen Weih-

nachten und Neujahr, teilweise noch einige Tage in das neue Jahr hinein, war der Grossteil der Geschäfte in Ungarn geschlossen: In einer generalstabsmässigen Aktion mussten alle Preise umgeschrieben werden. Einige im voraus bekanntgegebene Lebensmittelläden sicherten die Versorgung der Bevölkerung mit dem Wichtigsten während dieser Tage.

Diesem neuerlichen Preisschub in Ungarn waren Preiserhöhungen im letzten Sommer auf

alle Energieträger vorangegangen. Damals schon betrug die Erhöhungen rund 20 Prozent. Ab 1. Januar wurden die Preise auf praktisch allen wichtigen täglichen Bedarfsgütern heraufgesetzt. Nach offiziellen Angaben sollen die Aufschläge rund 15 bis 20 Prozent ausmachen, nach Angaben von Wirtschaftskennern werden aber unter dem Strich mindestens 30prozentige Preisaufschläge erwartet.

Neues Steuersystem

Doch nicht nur die Preiserhöhungen belasten die Kassen der Ungarn zusätzlich: Ebenfalls auf Jahresanfang wurde in

Ungarn das Steuersystem modifiziert. Neu eingeführt wurden eine Mehrwert- und eine Einkommenssteuer. Vor allem die Einkommenssteuer macht den meisten Sorgen. In Ungarn ist es üblich – ja meist sogar notwendig –, einen Zweit- und nicht selten einen Dritt-Job zu haben, um die Familie über die Runden zu bringen. In Zukunft werden auch die Einkünfte aus diesen Stellen erfasst. Bislang war die Einkommenssteuer so geregelt, dass jeder Betrieb pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter einen bestimmten Betrag dem Staat zu entrichten hatte. Durch diese «Kopf-Steuer» waren natürlich personalintensive Branchen benachteiligt, da sie hohe Steuern zu entrichten hatten. Durch das neue System, also die Abwälzung der Steuern auf den Einzelnen, hoffen die Wirtschaftsfachleute, die Situation zu verbessern.

Sinkender Lebensstandard und soziale Probleme

Dass Ungarn schon seit Jahren über seine Verhältnisse lebt, ist in Wirtschaftskreisen ein offenes Geheimnis. In letzter Zeit aber hat sich die Situation verschärft, und der Lebensstandard sinkt langsam, aber kontinuierlich in Ungarn. Die vor einigen Jahren bereits eingeleiteten Reformen führten zu einer sozialen Umverteilung und einer ungleichmässigen Verteilung. Während eine kleine Schicht von den Liberalisierungen profitieren und sich ein ansehnliches Vermögen verdienen konnte, nahm andererseits die Armut der unterprivilegierten Schichten in Ungarn zu. Nur selten werden Berichte im Westen über die Armut in Ungarn bekannt, da dieses Thema immer noch zu einem der tabuisierten Bereichen heutiger sozialistischer Realität gehört. Immerhin gibt es von Soziologen initiierte Selbsthilfeprojek-

te in Ungarn, die aber alles andere als den Segen des Staates erhalten. Für dieses Jahr hat das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) eine Senkung des Reallohnes von 2 bis 2,5 Prozent prognostiziert.

13 Mrd. Dollar Auslandverschuldung

Die ab 1. Januar geltenden Neuerungen sind Teile eines umfassenden Wirtschaftsprogrammes. Ungarn ist gezwungen, seine hohe Auslandverschuldung abzubauen. Nach neuesten Schätzungen der OECD und der BIZ ist die Auslandverschuldung Ungarns in konvertibler Währung in den letzten Jahren auf 13 Mrd. Dollar angestiegen. Damit hat Ungarn die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im ganzen Comecon-Raum erreicht. Zum Vergleich: Die Sowjetunion ist mit 19,2 Milliarden und die Tschechoslowakei mit 3 Mrd. Dollar verschuldet. Ebenfalls schlecht bestellt ist es um die Handelsbilanz Ungarns. Die für das Jahr 1987 erwartete Bilanz weist ein Defizit von 250 Mio. Dollar aus.

Auch in Ungarn gibt es Arbeitslose

Ein weiterer Weg, auf dem die Regierung zurzeit versucht, die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, ist die «Sanierung» von unrentablen Betrieben. Dabei werden oft riesige Staatsbetriebe aufgeteilt auf mehrere kleinere Betriebe. Diese Sanierungspolitik führt aber auch dazu, dass unrentable Betriebe geschlossen werden. Seit Herbst 1986 ist ein Gesetz in Kraft, das Betriebe, die unrentabel sind und nicht eine spezielle infrastrukturelle Funktion in der Region erfüllen, zwingt, den Konkurs anzumelden. Damit stellt sich in Un-

garn die Frage der Arbeitslosigkeit. Gemäss diesem Gesetz steht den Arbeitern während sechs Monaten der volle Lohn zu, für weitere neun Monate steht ihnen ein Arbeitslosengeld in der Höhe von 60 bis 75 Prozent des Lohnes zu.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wird heute in Ungarn noch zu wenig berücksichtigt. Nach Angaben von Gewerkschaftsvertretern werden in Ungarn bis zum Jahr 1990 zwischen 100 000 und 150 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Für ein Land mit gut 10 Millionen Einwohnern eine beachtliche Arbeitslosenquote! Von staatlicher Seite wird heute aber von einer viel geringeren Arbeitslosenzahl ausgegangen. Doch das Problem ist erkannt, und es wird auch versucht, die Bevölkerung mit diesem für den Staatssozialismus neuartigen Problem vertraut zu machen. So wurde zum Beispiel im letzten Dezember ausführlich über die Gründung der ersten Arbeitslosen-Selbsthilfegruppe Ungarns in den Medien berichtet. Betroffen von diesen Sanierungen sind vor allem Betriebe im primären und sekundären Wirtschaftssektor, in erster Linie der in Ungarn unrentable Bergbau, die metallverarbeitende Industrie und die Textilindustrie. Nicht betroffen aber ist der auch in Ungarn stark expandierende Dienstleistungssektor, wo immer noch ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften besteht.

Glasnost und «Grosznost» in Ungarn

Treibende Kraft bei diesen Reformen ist Ministerpräsident Károly Grósz. Der 58jährige Grósz kommt aus dem Parteiapparat und löste letzten Sommer György Lázár ab. Er gilt als Verfechter einer Gorbatschowschen Glasnost-Politik, weshalb seine Politik auch

schon «Grosznost» genannt worden sein soll. Seine wirtschaftliche Rosskur aber kann Grosz nur durchführen, wenn das Land und seine Bewohner weiterhin zu ihm stehen. Die Ungarn, die nach dem niedergeschlagenen Aufstand von 1956 eine Art von Stillhalteabkommen mit den Mächtigen im Land geschlossen hatten, reagieren sensibel auf den politischen Wind, der aus der Partei- und Staatszentrale weht. Mit Grósz ist ein Mann an der Spitze der Regierung, der offensichtlich gewillt ist, in Ungarn etwas zu verändern und die marode Wirtschaft wieder in Fahrt zu kriegen. Um keine Unzufriedenheit im Land aufkommen zu lassen bzw. um den Missmut der Bevölkerung über die Sparmassnahmen einzudämmen, versucht die Führung gleichzeitig auch, den ihr zugestandenen politischen Spielraum auszunützen. So wurden gleichzeitig zu den Preiserhöhungen des 1. Januar auch Erleichterungen im Reiseverkehr für die Ungarn ermöglicht. Seit Anfang Jahr steht es jedem ungarischen Staatsbürger frei, wie oft er ins Ausland – auch ins westliche – verreisen will. Einzige Bedingung ist, dass er seine Reise finanzieren kann und über ein entsprechendes Devi-

senguthaben verfügt, das ihm zum Beispiel Verwandte aus dem Westen einzahlen können.

Offenere Diskussionskultur

Neben dieser Reiseerleichterung lässt sich aber in Ungarn auch eine offenere Diskussionskultur bei Staat, Partei und Medien feststellen. Im Vorfeld der letzten Parlamentssession im Dezember tagten die einzelnen Ausschüsse. In einer für ungarische Verhältnisse unbekanntenen Offenheit wurde über diese Sitzungen im Fernsehen und in der Presse berichtet, und auch nichtkonforme Stimmen und Kritiker kamen zu Wort. Wenn auch nur eine bestimmte Bandbreite von Kritik akzeptiert wird, so scheint es doch, dass diese Toleranzgrenze auch schon kleiner war in Ungarn. Diese liberale Haltung in Ungarn ist nicht nur Ausdruck einer Zuckerbrot- und- Peitsche-Mentalität. Vielmehr entstammt sie der Einsicht, dass nur durch Kritik aus der Bevölkerung die eingestandenen und offensichtlichen Fehler des Systems behoben werden können. So verhalten sich die Sicherheitsorgane gegenwärtig sehr zurückhaltend bei Intellektuellen-Treffen und -Seminaren.

genommen werden kann, indem Betroffene immer wieder fest verschlossene Türen einzuräumen versuchen. In die Keller selbst werden ausser den Opfern nur jene «unbeschmutzten Hände» gelassen, deren verlängerter Arm die Folterspezialisten sind. Aussenstehende bleiben draussen.

Aussenstehende wie jener Pater Antonio, dem eines Tages eine stinkende Kiste übergeben wird, deren Inhalt sich als ungeordnete Sammlung von Zetteln und Papierchen entpuppt, durch die sich schliesslich die Chronologie einer Folterung und somit ihr ganzes Entsetzen herstellen lässt. Pater Antonio, ein kritischer, wenn auch nicht militanter argentinischer Priester, wird über diesen Notizen einer Frau, von der sich herausstellt, dass er sie gekannt hat, verrückt. Als er die Papiere nach wochenlanger Arbeit in den richtigen Zusammenhang gestellt hat und schliesslich auch Susanas Tod erfahren hat, bleibt ihm nichts weiter als der Ausweg in die vielleicht heilsame Stille des Verdämmerns im «Nationalen Institut für Geistige Gesundheit». Das «Vergib mir Herr, aber diese Welt ist Scheisse!» war gewissermassen Antonios Ausruf in einer schlimmen Welt, die sich verändern liesse. Doch am Ende von Omar Rivabellas «Susana», dem «Requiem für die Seele einer Frau», steht nicht mehr jene Verzweiflung, die noch nach Worten ringen könnte, sondern das Schweigen angesichts des nackten Entsetzens, das sich Pater Antonio durch Susanas Kassiber vermittelt hat. Eines Entsetzens, das er nicht selber gesehen hat, sondern – und vielleicht ist das noch schrecklicher – durch ihre Augen, in ihrer Schrift weitergegeben. Omar Rivabella, argentinischer Schriftsteller, lebt im Exil in den Vereinigten Staaten.

Requiem für die Seele einer gefolterten Frau

Alain Claude Sulzer über Omar Rivabellas neues Buch

«Vergib mir Herr, aber diese Welt ist Scheisse!»

Wer wäre nicht sofort bereit, die Folter als Mittel und Werkzeug zur Wahrheitsfindung als böses und darüber hinaus sinn-

loses Handwerk zu verdammen; wer wäre nicht ebenso bereit zuzugeben, dass ausserhalb der verborgenen Räume, in denen sie stattfinden, nur dadurch und nur indirekt Einfluss auf die Grausamkeiten